



Regierungsratsbeschluss vom 31. Januar 2017

Schriftliche Anfrage Beat Leuthardt betreffend Verletzung der Submissionsvorschriften durch die Pensionskasse Basel-Stadt

P165549

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die Schriftliche Anfrage von Beat Leuthardt befasst sich mit der Kündigung von 22 Wohnungen an der Mülhauserstrasse 26 in Basel. Die Liegenschaft befindet sich im Eigentum der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) – einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt – und muss nach fast 50 Jahren grundlegend saniert werden. Die Schriftliche Anfrage stellt die Frage, ob die PKBS dem Submissionsgesetz des Kantons Basel-Stadt unterstehe.

Der Regierungsrat hält fest, dass die PKBS im Bereich der Bewirtschaftung resp. der Auftragsvergabe den Regeln der Submission aus folgenden Gründen nicht unterliegt:

- Die Voraussetzungen von GATT/WTO-Übereinkommen sind nicht gegeben. Die PKBS übt eine gewerbliche Tätigkeit aus und ist nicht staatsgebunden.
- Die PKBS untersteht dem Beschaffungsgesetz des Kantons Basel-Stadt nicht, weil sie wie ein privates Wirtschaftssubjekt organisiert und unter Wettbewerbsbedingungen tätig ist.

